

Herbert Werner

Der schwierige Weg zur Verständigung

Josef Skrabek: Die gestrige Angst. Ein autobiographischer Essay; Neiße Verlag Dresden, in Koproduktion mit Stilus-Briinn, 2006, 495 Seiten, 28,00 Euro.

Piotr Buras/Henning Tewes: Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt; Hohenheim Verlag Stuttgart, Leipzig 2005, 279 Seiten, 19,90 Euro.

Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungsdiskurs und Europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation; Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Bundesverband e. V., Band 11, fibre Verlag, Osnabrück 2006, 263 Seiten, 24,00 Euro.

In Deutschland ist trotz aller medialer Information die Kenntnis über die östlichen Nachbarn noch recht beschränkt. Drei Bücher können hier etwas Abhilfe schaffen. *Die gestrige Angst*, versehen mit

einem Geleitwort von Václav Havel, ist ein anspruchsvolles Lese- und Nachdenkbuch. Die Darstellung des deutsch-tschechischen Verhältnisses im zwanzigsten Jahrhundert verzahnt der Autor Josef Skrabek eng mit der Schilderung seiner Lebensgeschichte, seiner Erfahrungen und Erkenntnisse. Skrabek schildert die allgemeine Geschichte im Rückgriff auf lokale Vorkommnisse und Erlebnisse in seiner Heimatgemeinde Waltsch/Valec, wobei er eine Fülle von Zeitzeugen sprechen lässt. Er bemüht sich stets um Berücksichtigung verschiedener Standpunkte und vermeidet die bekannten Schwarz-Weiß-Urteile. Seine eigenen Empfindungen und Reaktionen anlässlich der miterlebten Ereignisse fügt er aus der Retrospektive heraus jeweils an. Natürlich kann und will Skrabek nicht verbergen, dass er als Tscheche schreibt. Dies ist wichtig für seine Sichtweise. Er glaubt, dass sich die vielgesichtige Wahrheit durch unterschiedli-

che Sichtweisen gleichsam einkreisen lässt.

Skrabek beschreibt eindrucksvoll die Schlüsselereignisse, die das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen während der Ersten Republik (1918 bis 1938), der Monate nach dem Münchener Abkommen und des Protektorats bestimmten und schließlich zu der Vertreibung der Deutschen führten. Als wegbereitend für das endgültige Scheitern dieses Zusammenlebens macht Skrabek nicht nur die zwischen dem damaligen Deutschland und der Tschechoslowakei bestehenden asymmetrischen Kräfteverhältnisse und die aggressive Politik Hitlers aus, sondern eine Reihe von politischen Fehleinschätzungen sudetendeutscher und tschech(oslowak)ischer Politiker zwischen 1918/19 und 1938/39 in dem jungen multiethnischen Staat, der in der Praxis als tschechischer Nationalstaat auftrat.

Er zeigt die sudeten-deutschen Politiker des

Jahres 1918 zu Recht des Mangels an politischem Realismus, da sie von einer Abtrennung der deutschen Siedlungsgebiete von Böhmen und Mähren durch die Siegermächte träumten und jahrelang jede Kooperation mit den Tschechen ablehnten. Den Tschechen wiederum hält er vor, dass sie eine systematische administrative Tschechisierungspolitik gegenüber der deutschen und der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei betrieben.

Skrabek zeigt sehr gut, wie sich in den deutschen Siedlungsgebieten, deren veraltete Verbrauchsgüterindustrie den natürlichen Absatzraum der k.u.k. Monarchie verloren hatte, wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren verschrankten und wechselseitig verstärkten. Dies nicht klar gesehen zu haben hält Skrabek den tschechischen Regierungen vor. Er meint, dass vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und dann angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs Hitler-Deutschlands besondere Anstrengungen zur Verbesserung der Wirtschaftslage in den deutschen Randgebieten sinnvoll gewesen wären, wenngleich sie den von Hitler geförderten Aufstieg der Sudetendeutschen Partei wohl nicht hätten verhindern können.

Skrabek spricht die Sudetendeutschen nicht von politischem Versagen frei, aber er versucht, die Voraussetzungen und Umstände dieses Versagens seinen Landsleuten zu erklären. Er weist auch auf den tapferen, aber immer hoffnungsloseren Kampf der deutschen Sozialdemokraten, Kommunisten und Christsozialen gegen Konrad Henleins Sudetendeutsche Partei hin. Ganz eindeutig verurteilt Skrabek die kollektive Vertreibung! Diese habe zwar bei Kriegsende angesichts der Gräuel des Krieges, der Verbrechen der Nazis und der geplanten Zerschlagung des tschechischen Volkes gleichsam in der Luft gelegen. Aber er weist nachdrücklich die Verantwortung für die Vertreibung der Sudetendeutschen Präsident Benes, der tschechischen Regierung und den staatlichen Organen zu, die schon vor den Potsdamer Beschlüssen gezielt die Zwangsumsiedlung vorbereitet und begonnen hätten. Den Sudetendeutschen gibt Skrabek im Hinblick auf das erlittene Vertreibungsrecht zu bedenken, dass ohne die Erfahrung der Tschechen mit der Abwendung der Mehrheit der Sudetendeutschen von der Ersten Republik, mit dem Münchener Abkommen 1938 und mit den Schrecken

des NS-Unrechtsregimes die Vertreibung niemals geschehen wäre. Er gibt ihnen auch zu bedenken, dass sie mehrheitlich trotz allen Unrechts und materiellen Verlustes durch die Vertreibung auf die bessere Seite Europas gelangten, wo sie in Freiheit und Würde leben konnten und im Vergleich zur seit 1948 kommunistisch beherrschten Tschechoslowakei die bei weitem besseren Zukunftschancen hatten.

Unumkehrbare Vergangenheit

Skrabek hält die Zeit heute reif für die umfassende Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen. Mit Recht weist er auf die zwischenstaatlichen Vereinbarungen von 1974, 1992 und 1997 sowie die gut funktionierende politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Deutschland hin. Der Autor betont, dass es unsinnig ist, auf den Wechsel der Generationen zu vertrauen und so zu tun, als gebe es keine Streitpunkte mehr. Er glaubt, dass man die Aussöhnung nicht allein den Politikern überlassen soll. Er ermuntert deshalb beide Völker, die zahlreichen Kontakte auf der zwischenmenschlichen Ebene weiter auszubauen. Skrabek fordert die Tschechen auf, sich

endlich mit der Vertreibung und ihren Folgen selbstkritisch auseinanderzusetzen. Er mahnt sie, endlich die unterschwellige Angst, die ihr Verhalten gegenüber den Deutschen im vergangenen Jahrhundert geprägt hat, aufzugeben. Den Deutschen, insbesondere den Sudetendeutschen, rät Skrabek, unterschiedliche Sichten zu respektieren und die Unumkehrbarkeit der Vergangenheit zu akzeptieren.

Weichenstellungen in Polen

Für gegenseitigen Respekt und mehr Verständnis werben Piotr Buras und Henning Tewes in ihrem gediegenen Überblick über die Geschichte Polens in den Jahren von 1989 bis 2005. Sie zeigen anschaulich, wie die Schwierigkeiten der heutigen Demokratie in Polen mit der Art des Überganges von der kommunistischen Herrschaft zur demokratischen Regierung der Solidarnosc-Bewegung und den neuen Parteibildungen zusammenhängen. Der Runde Tisch des Jahres 1989 schenkte den Kommunisten die Chance der Transformation und der politischen Legitimität in der neuen Demokratie. Die Solidarnosc war nicht unbeteiligt daran. Die Regierungschefs aus der So-

lidarnosc-Bewegung, die mutig die politischen und gesellschaftlichen Reformen in Angriff nahmen, wurden durch die ständige Aufsplinterung der Bewegung in immer neue Gruppierungen und Parteien so sehr geschwächt, dass sie Ende 1993 die Regierungsmacht verloren und niemals eine echte Chance zur energischen Aufarbeitung der Vergangenheit besaßen. Die halbherzigen Versuche einer strafrechtlichen Aufarbeitung des kommunistischen Regimes sind im Sande verlaufen, da die alten Seilschaften in Polizei, Geheimdiensten und Gerichten nach 1989 weiterarbeiten konnten. Ob die im Jahre 1998 geschaffenen Einrichtungen des „Institut(s) der Nationalen Erinnerung“ beziehungsweise des „Vertreter(s) der Öffentlichen Interessen“ hieran Entscheidendes werden ändern können, erscheint fraglich. Interessant ist im Zusammenhang mit dem Niedergang von Solidarnosc auch das Intrigespiel Präsident Walesas, der sich offenbar nur schwer in die Mechanismen der demokratischen Willensbildung einfügen konnte. Die Alt-Kommunisten blieben aufgrund der friedlichen Überleitung der Regierungsmacht und der Übergangspräsidentschaft General Jarus-

zelkis weitgehend unbeflirt. Die Reform-Kommunisten oder besser Postkommunisten sammelten sich in der neuen Sozialdemokratischen Partei Polens. Mitte der Neunzigerjahre hielten sie die politische Verantwortung bereits wieder in den Händen, mit Jozef Oleksy als Regierungschef, der 1994 den Agrarier Pawlak, einen ehemaligen Block-Politiker (ZSL), ablöste, und mit Staatspräsident Alexander Kwasniewski, der Präsident Walesa in den Wahlen 1995 schlug. Nach einer Fusion der Sozialdemokratischen Partei mit kleineren linken Parteien 1999 zur Allianz der Demokratischen Linken (SLD) waren die Postkommunisten bis zur Spaltung der Allianz in 2004 die entscheidende Kraft in der Parteienlandschaft Polens. Die beiden Autoren zeigen im Übrigen sehr gut, wie dieses Hin und Her alter und neuer Parteien mit einzelnen politischen Cliquen und Persönlichkeiten zusammenhängt.

Großen Mut erforderten die wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen zu Beginn der Neunzigerjahre. Die Reformen waren nicht nur eine wirtschaftspolitische Neuorientierung Polens weg von der UdSSR und den Comecon-Staaten hin zur EU und zu marktwirtschaftlichen Ordnungs-

vorstellungen. Trotz aller Rückschläge durch Fehler in den Privatisierungen, durch steigende Arbeitslosigkeit und durch Skandale brachten sie die Regierung, die sofort nach 1990 das Ziel einer EU-Mitgliedschaft anstrebte, gegen Ende der Neunzigerjahre so weit voran, dass das Land im Jahre 2004 der EU beitreten konnte.

Deutsch-polnische Aussöhnung

Für den deutschen Leser ist natürlich die Außenpolitik Polens von besonderer Bedeutung. Die demokratischen Eliten um Solidarnosc erkannten schon vor 1989, dass Polen die staatliche Freiheit nur würde erringen können, wenn das System von Jalta, und damit die Teilung Europas und Deutschlands, beseitigt werden würde. Das freie Polen befürwortete die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unter der Voraussetzung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Es war deswegen mehr als ein blinder Zufall, dass zu einer Zeit, als in Polen der Runde Tisch seine Arbeit aufnahm, in der DDR die ersten Reformschritte öffentlich diskutiert wurden und bald die ersten Demonstrationen gegen das Regime stattfanden und dass sich

Bundeskanzler Kohl gerade in Polen mit Ministerpräsident Mazowiecki traf, als die Berliner Mauer fiel. Die neue demokratische Führung in Warschau erkannte rasch, dass Polen für einen selbstständigen Mittler-Weg zwischen den Nachbarn UdSSR/Russland und Deutschland zu schwach war. Sie entschied sich zielstrebig für die Eingliederung in den Westen, das heißt in dessen Systeme NATO und EU. Bis dahin war Polen fest im Ostblock eingebunden; nun suchte es die Bindung nach Westen, vor allem an die Supermacht USA, mit denen es keine historischen Negativerfahrungen hatte. In westlicher Richtung wurde die ungelöste Grenzfrage mit Deutschland rasch gelöst. Der Grenzvertrag mit dem seit Oktober 1990 geeinten Deutschland war bald abgeschlossen (November 1990), da alle Siegermächte in dieser Anerkennung eine Vorbedingung für die deutsche Einheit gesehen hatten. Deutschland verpflichtete sich im Zusammenhang mit dem ebenfalls abgeschlossenen Freundschaftsvertrag dazu, Polen bei der Annäherung an die NATO und die EU behilflich zu sein. Deutschland übernahm diese Verpflichtung aus der historischen Schuld und aus dem Kalkül he-

raus, sowohl seine Vertragspolitik nach Osten abzurunden als auch handelspolitische Räume und eine militärische Sicherheitszone zu erlangen. Dies hätten die Autoren näher betrachten können. In östlicher Richtung hatte Polen bis Ende 1992 darauf Rücksicht zu nehmen, dass noch russische Truppen im Land stationiert waren. Polen trat der NATO 1999 bei.

Bis zum Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts gaukelten Deutschland und Polen einander vor, im politischen *honeymoon* der Verständigung zu leben. Mit der aus Deutschland nach Polen überschwappenden Debatte um das sogenannte Zentrum gegen Vertreibungen und die erhitzten polnischen Reaktionen darauf zeigte sich, dass die Aussöhnung noch nicht Wirklichkeit ist. Hierzu wäre eine gründlichere Darstellung der Vorbedingungen und Umstände der Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten und Polen hilfreich gewesen. Dass sich Deutschland offenkundig nicht einfach zum Sprachrohr Polens machen wollte, zeigte sich bereits im Vorfeld des EU-Beitritts Polens (2004), als es um die Frage der Stimmverhältnisse in den EU-Gremien ging. Mit der Entscheidung Polens, die

USA im Irak-Krieg zu unterstützen und so in einen Gegensatz zur deutsch-französischen Verweigerungshaltung zu treten, waren Warschau und Berlin endgültig im interessengenossischen Alltag angekommen. Die Entscheidung Berlins, mit Russland die Ostsee-Pipeline zu bauen, demonstrierte aller Welt, dass Deutschland nicht bereit war, polnische Erwartungen zum Maßstab seiner Ost- und Europapolitik zu machen.

Europäisches Erinnerungsnetzwerk

Einen Detailbereich der deutsch-polnischen Beziehungen dokumentiert Stefan Troebst in seinem Buch zur Entstehung der Stiftung „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, die am 25. August 2005 mit Unterstützung der Regierungen Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei in Warschau gegründet und registriert worden war. „Das Netzwerk hat unter anderem die Aufgabe, die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts – eines Jahrhunderts der totalitären Diktaturen und damit auch der Kriege, Eroberungen und Zwangsausiedlungen – zu analysieren und zu dokumentieren“ (Kulturstaatsministerin Weiß am 9. September 2005). Als länderübergreie-

fende Stiftung mit einem Sekretariat in Warschau bietet es allen Institutionen, Instituten, Körperschaften und Organisationen, die sich im Geiste der Versöhnung mit der Erforschung der Zwangs- und Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung im letzten Jahrhundert befassten, Koordinierungshilfen, praktische Zusammenarbeit und finanzielle Hilfe an. Es unterstützt Kooperationsprojekte, Ausstellungen, Informationskampagnen, Publikationen und Diskussionsforen über die angeführte Thematik. Das Europäische Netzwerk soll einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung (!) einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur leisten. Das Netzwerk soll jedoch auch ein internationaler Gegenentwurf zu der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ sein, dessen angeblich rein nationaler Entwurf vor allem in Polen für Unruhe gesorgt hatte. Erinnert sei hier an die Aktivitäten des Bundestagsabgeordneten Meckel, der als einer der Ersten dieses Zentrum ablehnte und die Verlagerung der Diskussion über die Erinnerung an die Vertreibung auf eine europäische Ebene forderte. Seiner Meinung schloss sich die damalige rot-grüne Bundesregierung weitge-

hend an. Durch alle Tagungsberichte zieht sich die Abwehrargumentation gegen dieses BdV-Zentrum hindurch. Desen Gegner befürchten, dass damit einem Geschichtsrevisionismus Vorschub geleistet werden soll, der die Vertreibung der Deutschen in den Vordergrund stellt, die unterschiedlichen Opfergruppen einander gleichsetzt und die Ursachen-Folgen-Zusammenhänge verwischt.

Die Dokumentation zeigt, wie auf den gemeinsamen Experten- und Kulturminister-Treffen Deutschlands, Polens, Österreichs, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei in rascher Folge nach der Danziger Erklärung der Präsidenten Polens und Deutschlands am 29. Oktober 2003 die polnischen Vertreter eine Ausweitung des Aufgabenkreises des Netzwerkes auf alle Formen von Terror, Zwangs- und Vernichtungsmaßnahmen der Nationalsozialisten und der kommunistischen Regime in Europa im zwanzigsten Jahrhundert durchsetzten. Die deutsche Verhandlungsstrategie ist nicht immer eindeutig aus den Dokumenten zu ersehen. Sie strebte offenbar nach einem Europäischen Netzwerk über Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen vor,

während und nach dem Zweiten Weltkrieg, in dessen Mittelpunkt die Vertreibung der Deutschen stehen sollte. Sie zielte durch elastisches Nachgeben vor allem auf Beruhigung des politischen Klimas zwischen Deutschland und Polen; denn der Vertreter der Bundesregierung unterbreitete auf polnische Forderungen hin unentwegt Vermittlungsvorschläge, zuletzt für ein „Netzwerk über Zwangsmigration und Vertreibung“. Offenkundig ist, dass die offiziellen Vertreter Polens alle Hinweise auf Vertreibungen im Namen des Netzwerkes zu verhindern hatten. Sie lehnten daher sowohl die Empfehlungen der sogenannten Kopernikus-Gruppe (Dokument Nr. 25) als auch der sogenannten Bonner Erklärung (Dokument Nr. 28/29) rigoros ab. Den polnischen Verttern gelang es auf den Treffen der Kulturminister und Experten im April und im Juli 2004 in Warschau, den Namen „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ durchzusetzen und dessen Aufgabenkreis auf alle Gewaltmaßnahmen totalitärer Regime im zwanzigsten Jahrhundert auszuweiten (Dokumente Nr. 29, 34, 36). Auf dem Expertentreffen im November 2004 legten die deutschen Vertreter einen ers-

ten Entwurf für die Gründung einer Stiftung vor (Dokument Nr. 39 und 49).

Von Anfang an geriet die Frage, ob und gegebenenfalls wo nationale Zentren des Erinnerns geschaffen und miteinander verbunden werden sollten, in den Hintergrund gegenüber der unverbindlicheren Netzwerk-Konstruktion. Aus den Dokumenten ist zu ersehen, dass die tschechischen Vertreter, entsprechend der Haltung von Präsident Klaus, in den Treffen jede Diskussion über ein Europäisches Netzwerk und die Vergangenheit insgesamt als einen Störfaktor für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft behandelten. Damit orientierten sie sich an der entsprechenden Haltung des tschechischen Staatspräsidenten. Die Tschechische Republik beteiligte sich an der Gründung nicht wie im Übrigen aus anderen Gründen Österreich auch.

Interessant ist auch zu sehen, wie Polen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bereits im September 2003 die Errichtung eines „Zentrums für die Erinnerung der Nationen Europas“ beantragte; im November 2003 erfolgte ein ähnlicher Appell des polnischen Sejm. Die Absicht war, die Dramatik der Vertreibung der Deut-

schen innerhalb der entstehenden europäischen Erinnerungskultur zu nivellieren und eine „europäische“ Finanzierung zu gewinnen. Ein im März 2005 eingebrachter Gruppenantrag aus deutscher Feder auf Schaffung eines „Europäischen Zentrums der Erinnerung an die Opfer von erzwungenen Bevölkerungsbewegungen und ethnischen Säuberungen“ blieb ebenfalls folgenlos. Bemerkenswert ist schließlich auch, wie die Träger der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ angesichts der fortschreitenden Konkretisierung des Europäischen Netzwerkes die europäischen Aspekte ihres Vorhabens stetig in den Vordergrund schoben!

Bei der Auswahl der Dokumente wäre die Einfügung weiterer Verlautbarungen, die über die Dokumente, Vorlagen und Erklärungen der Regierungsvertreter und der BdV-Stiftung, also der unmittelbar Beteiligten, hinausgingen, zur Darstellung der Vielfalt und Intensität der Diskussion hilfreich gewesen. Dennoch: Wer in Zukunft über das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ spricht, muss die vorliegende Dokumentation gelesen haben.